

# **Krise der sozialen Gerechtigkeit**

– Herausforderung für Kriminalpolitik  
und Soziale Arbeit mit Straffälligen

**DBH-Fachverband für Soziale  
Arbeit, Strafrecht und  
Kriminalpolitik**

**Tagung Darmstadt,**

**19.9.2012**

Dr. Jürgen Borchert

## **Hartz IV: Das Lazarett hinter der Front des Verteilungskampfs**

- warum wirtschaftliche Freiheit und soziale Verantwortung neu zu justieren sind.

# Originalität ist meist ein Mangel an Literaturkenntnis.....

## Dank an

- Oswald von Nell-Breuning,
- Ferdinand Oeter,
- Dieter Eissen,
- Anne Lenze,
- Rudolf Martens,
- Stefan Sell und viele andere

# BVerfG: Hartz IV-Urteil 9.2.2010

- Realitätsgerechtes Existenzminimum
- Transparenz!!!!

stattdessen:

- Manipulation der Referenzgruppe
- versteckte Armut drin
- Ein-Personen-Haushalte
- Verunreinigung der Statistikmethode (zB. Alkohol, Tabak)

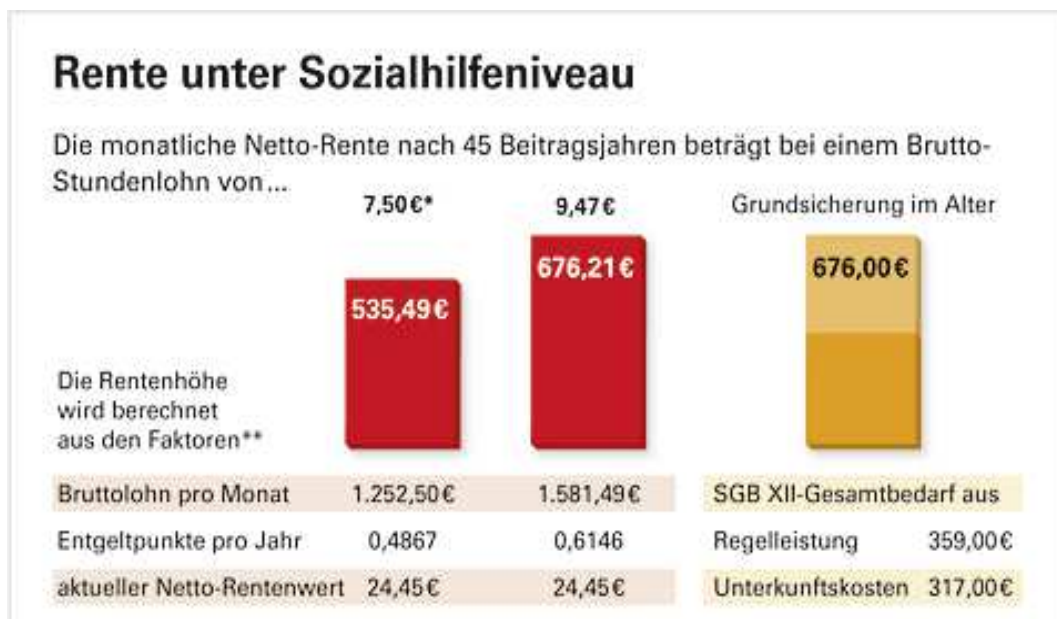
# Geht doch – oder? Flächendeckende Versorgung gewährleistet



Quelle: Bundesverband Deutsche Tafel  
(2010)

## Mindestlohn: Ein wichtiges Instrument, aber nicht überschätzen

Sie müssen **40 Jahre** lang ohne Unterbrechung zu einem derzeitigen Stundenlohn in Höhe von **11 Euro** arbeiten, um einen Rentenanspruch in Höhe von **700 Euro** zu erwerben!



## „Massenarbeitslosigkeit und Altersarmut lösen Rentenprobleme“

Dialog zwischen Jörg Tremmel, /Stiftung für die Rechte künftiger Generationen, und R Th/BfA

„Tremmel: Was halten Sie denn von dieser These? Es ist ja eigentlich pervers: durch die hohe Arbeitslosigkeit wird die Rentenversicherung langfristig entlastet. Denn durch die geringen Anwartschaften, die Erwerbspersonen während ihrer Arbeitslosigkeit entstehen, wird die Rentenversicherung im Jahre 2030 entlastet, oder jedenfalls geringer belastet, als wenn diese Jahrgänge in Lohn und Brot wären.

- T.: Ja, das ist richtig.
- Tremmel: Das wird aber auch nicht allzu oft öffentlich verkündet.
- T.: Nein, das können wir ja nicht. Das müssen Sie uns schon nachsehen. Es wird zur Zeit über eine Untertunnelung gesprochen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Zeit bis zum Pillenknick in Rente gehen. Herr Storm hat ja dieses Modell vorgelegt, das die Untertunnelung im Kapitaldeckungsverfahren vorsieht, wenn im Jahr 2030 die Belastung für die GRV am höchsten ist. Ich könnte mir eine ganz andere Untertunnelung vorstellen, und zwar im Umlageverfahren. Ich sage das mal im Vertrauen: Wir sind dankbar für jeden, der heute scheinselbstständig wird oder geringfügig beschäftigt. Da kriegen wir zwar heute weniger Beiträge, aber im Jahr 2030 haben wir weniger Anwartschaften.“

## Die andere Seite: Armut wächst spiegelbildlich zur Reichtumskonzentration/ Armut ist offensichtlich ein „Wachstumsmarkt“

Über 860 Tafeln mit mehr als 2.000 Tafel-Läden und Ausgabestellen bundesweit;  
ca. 40.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer  
rund 4.700 Fahrzeuge im Einsatz

Die deutschen Tafeln versorgen regelmäßig  
ca. 1.000.000 bedürftige Personen.

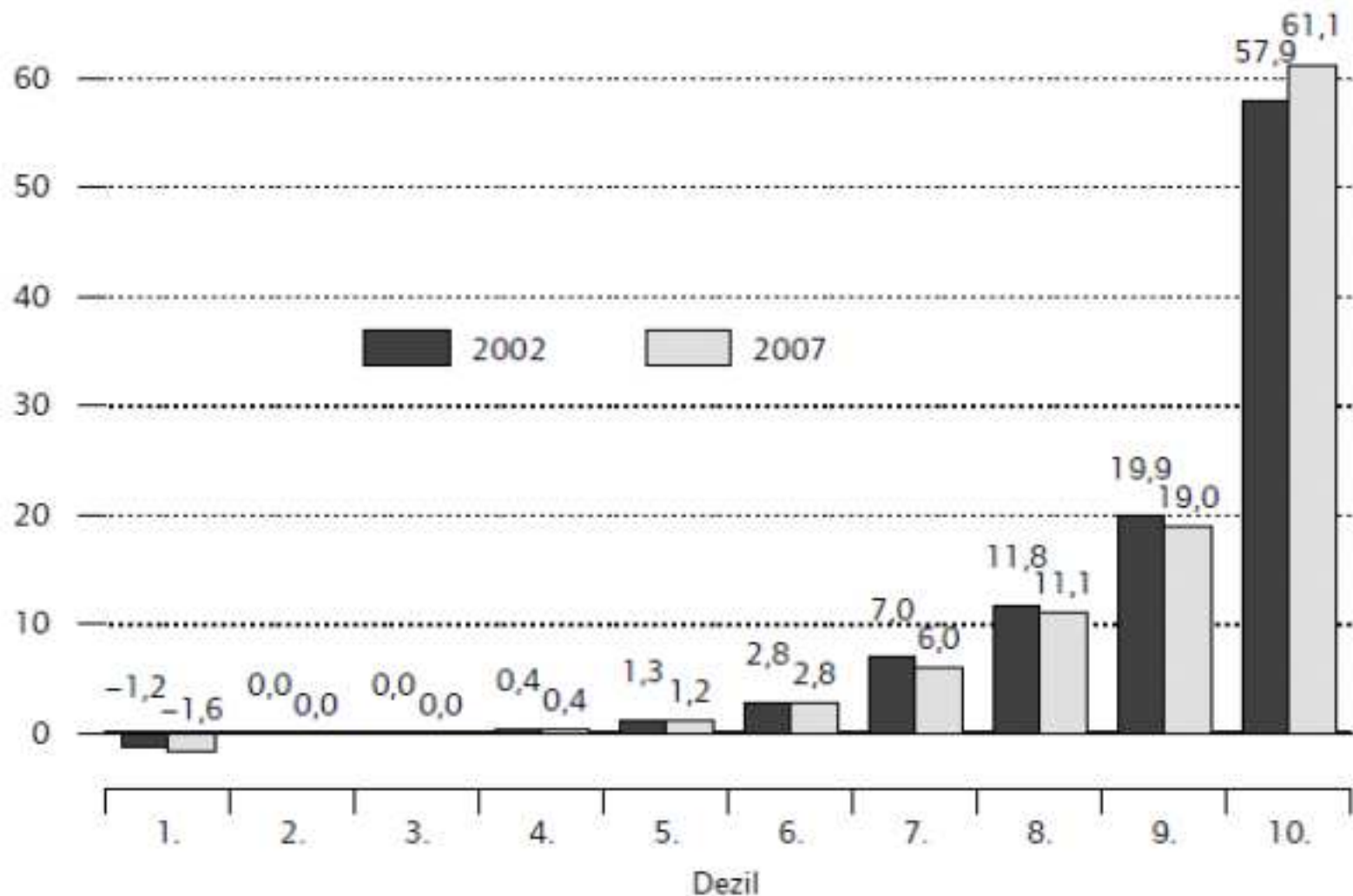


Quelle: Bundesverband Deutsche Tafel (2010)



# Individuelles<sup>1</sup> Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002 und 2007

Anteil am Gesamtvermögen in Prozent



<sup>1</sup> Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2009

**Wirtschaftswunder durch Sozialstaat: Das war einmal...**  
**Das Lambsdorff-Papier und die Ära Kohl: Die Ära der Deregulierung**  
**beginnt mit der These**  
**„Sozialstaat zu teuer!“ (aA: NellBreuning)**

**Dr. Otto Graf Lambsdorff**  
**Bundesminister für Wirtschaft:**

**KONZEPT FÜR EINE POLITIK**  
**ZUR ÜBERWINDUNG DER WACHSTUMSSCHWÄCHE**  
**UND ZUR BEKÄMPFUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT**

**9. September 1982**

© Copyright all rights reserved by:

**ZEIT** 18.09.2000

## «Die fünfte Gewalt»

*Autor: Rolf-E. Breuer*

Herrscht die Wirtschaft über die Politik? Nein! Aber freie Finanzmärkte sind die wirkungsvollste Kontrollinstanz staatlichen Handelns Von Rolf-E. Breuer

- ...Politik muss aber heute mehr denn je auch mit Blick auf die Finanzmärkte formuliert werden. Die berechtigten Interessen in- und ausländischer Investoren, der Wunsch der Finanzmarktteilnehmer nach Rechtssicherheit und Stabilität müssen respektiert werden. Diese Wünsche stehen freilich nicht im Gegensatz zu den Grundorientierungen einer an Wohlstand und Wachstum orientierten Politik, sondern sind mit ihnen identisch. Offene Finanzmärkte erinnern Politiker allerdings vielleicht etwas häufiger und bisweilen etwas deutlicher an diese Zielsetzungen, als die Wähler dies vermögen. Wenn man so will, haben die Finanzmärkte quasi als "fünfte Gewalt" neben den Medien eine wichtige Wächterrolle übernommen. Wenn die Politik im 21. Jahrhundert in diesem Sinn im Schlepptau der Finanzmärkte stünde, wäre dies vielleicht so schlecht nicht.“



Bundes  
rechnungshof

# Bericht

an den  
Haushaltsausschuss  
des Deutschen Bundestages

## **Kurzfassung**

(1) Die Bundesministerien beschäftigen in begrenztem, aber nicht unerheblichem Umfang Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von privaten oder öffentlichen Unternehmen und Sozialversicherungsträgern sowie von Verbänden, Gewerkschaften und anderen Interessenvertretungen entsandt werden. So schwankte die Zahl der externen Beschäftigten, die in obersten Bundesbehörden tätig waren, in den Jahren 2004 bis 2006 zwischen 88 und 106 Beschäftigten.

(2) Die häufig unentgeltliche Tätigkeit dieser externen Beschäftigten wirft verschiedene Fragen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Neutralität, Glaubwürdigkeit und Transparenz des Handelns der öffentlichen Verwaltung auf. Der Bundesrechnungshof hat vor diesem Hintergrund im Rahmen einer Querschnittsprüfung die Mitarbeit von externen Beschäftigten in obersten Bundesbehörden untersucht.

## **Antwort**

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Dr. Barbara Höll, Ulla Lötzer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 16/14025 –

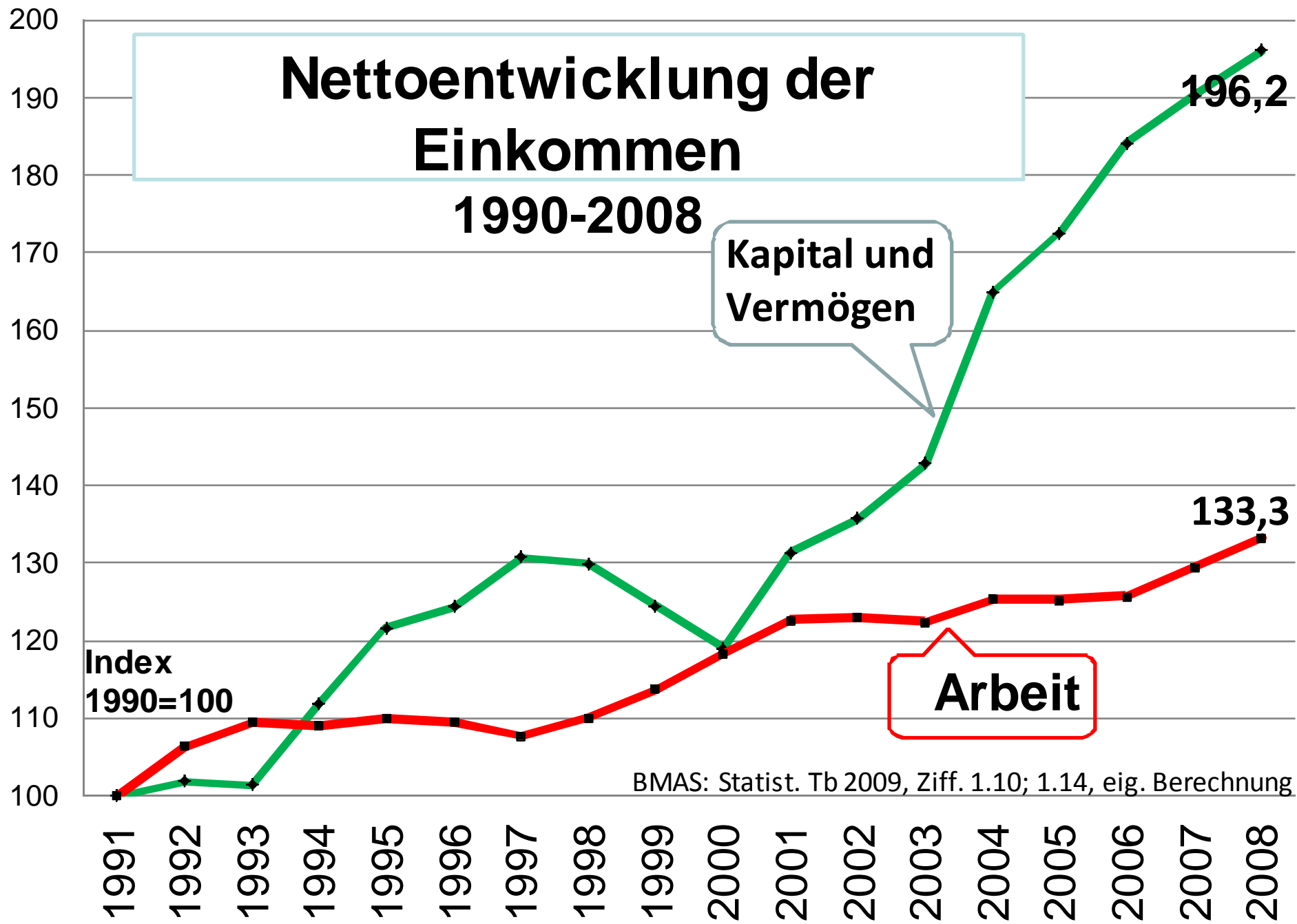
**Mitarbeit von Privaten an Gesetzentwürfen und Arbeitsfähigkeit  
der Bundesministerien**

„Modernisierung“ in Deutschland- Originalton  
Gerrhard Schröder Bundeskanzler, heute Gazprom et al.-  
Weltwirtschaftsforum Davos, 25.1.2006:

*„Wir müssen und wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt. . . . Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut, und wir haben bei der Unterstützungszahlung Anreize dafür, Arbeit aufzunehmen, sehr stark in den Vordergrund gestellt. Es hat erhebliche Auseinandersetzungen mit starken Interessengruppen in unserer Gesellschaft gegeben. Aber wir haben diese Auseinandersetzungen durch - gestanden.“*



# Nettoentwicklung der Einkommen 1990-2008



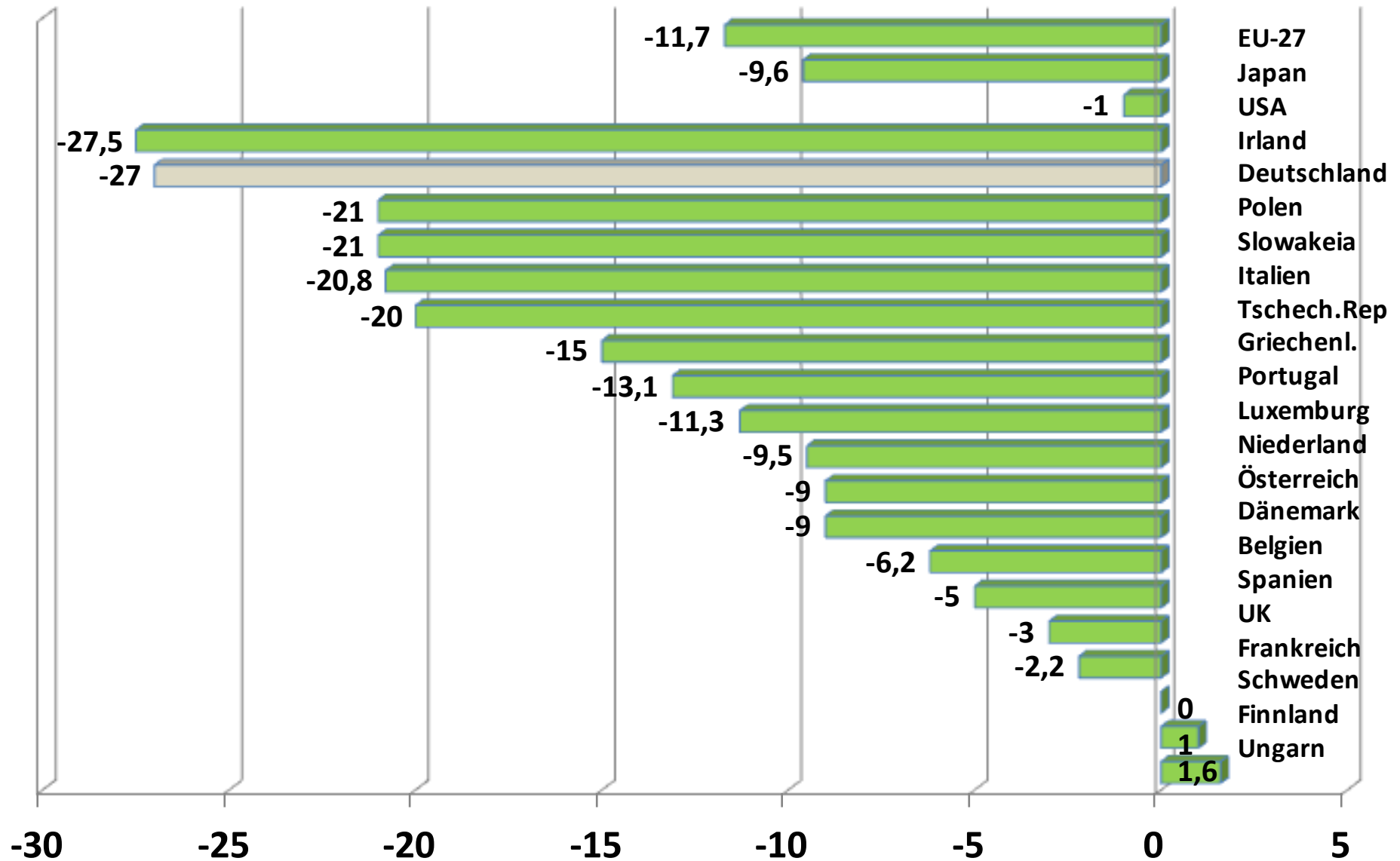
BMAS: Statist. Tb 2009, Ziff. 1.10; 1.14, eig. Berechnung

## Die wichtigsten Etappen des Spitzensteuersatzes

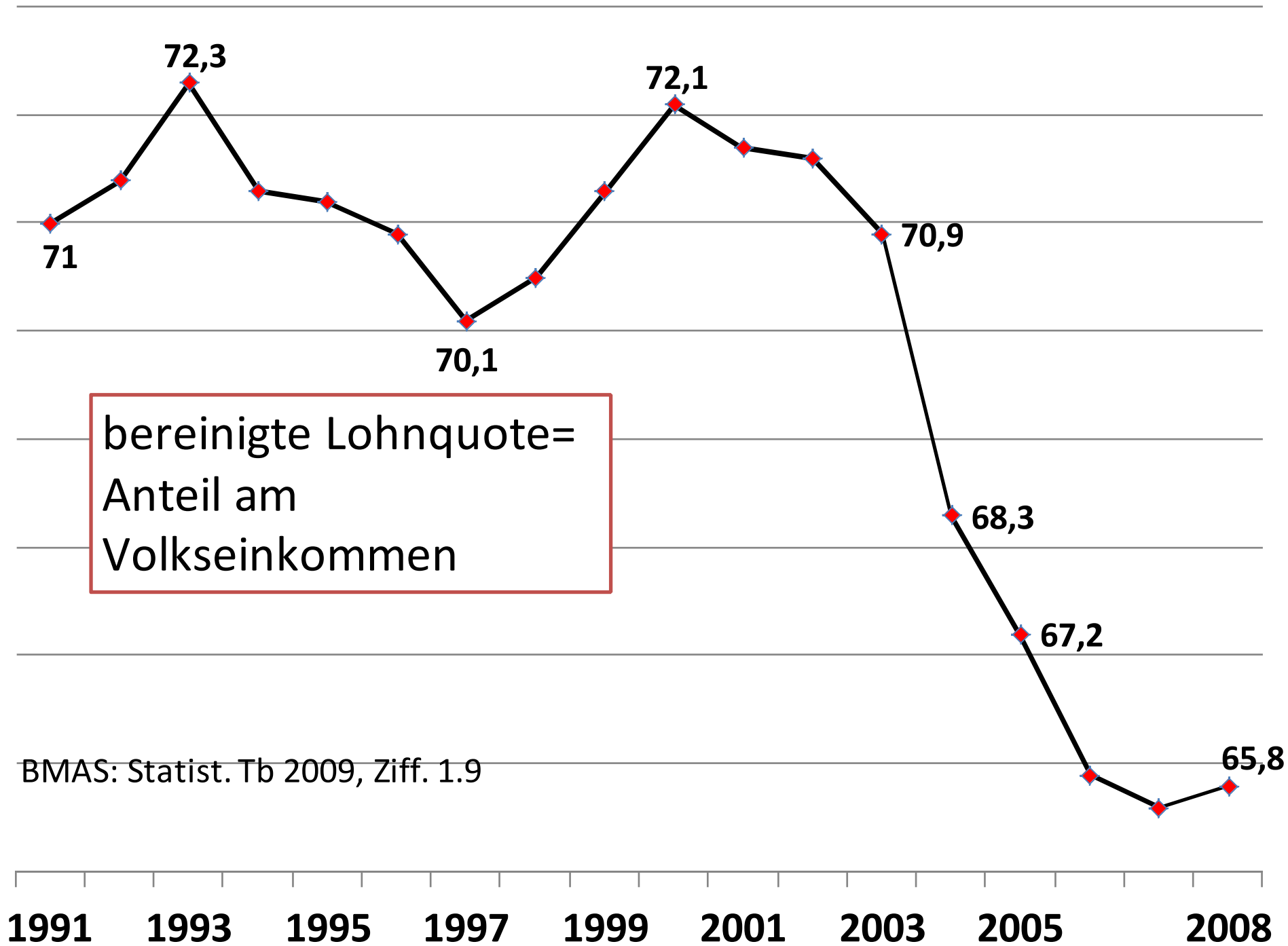
1948	95%
1953	80%
1955	63,45%
1958	53%
1975	56%
1990	53%
2000	51%
2001	48,5%
2004	45%
2005	42%

*1933 Roosevelt „New Deal“: ebenso  
Achtung: Progressive ESt ist Äquivalent  
für staatliche Vorleistungen!*

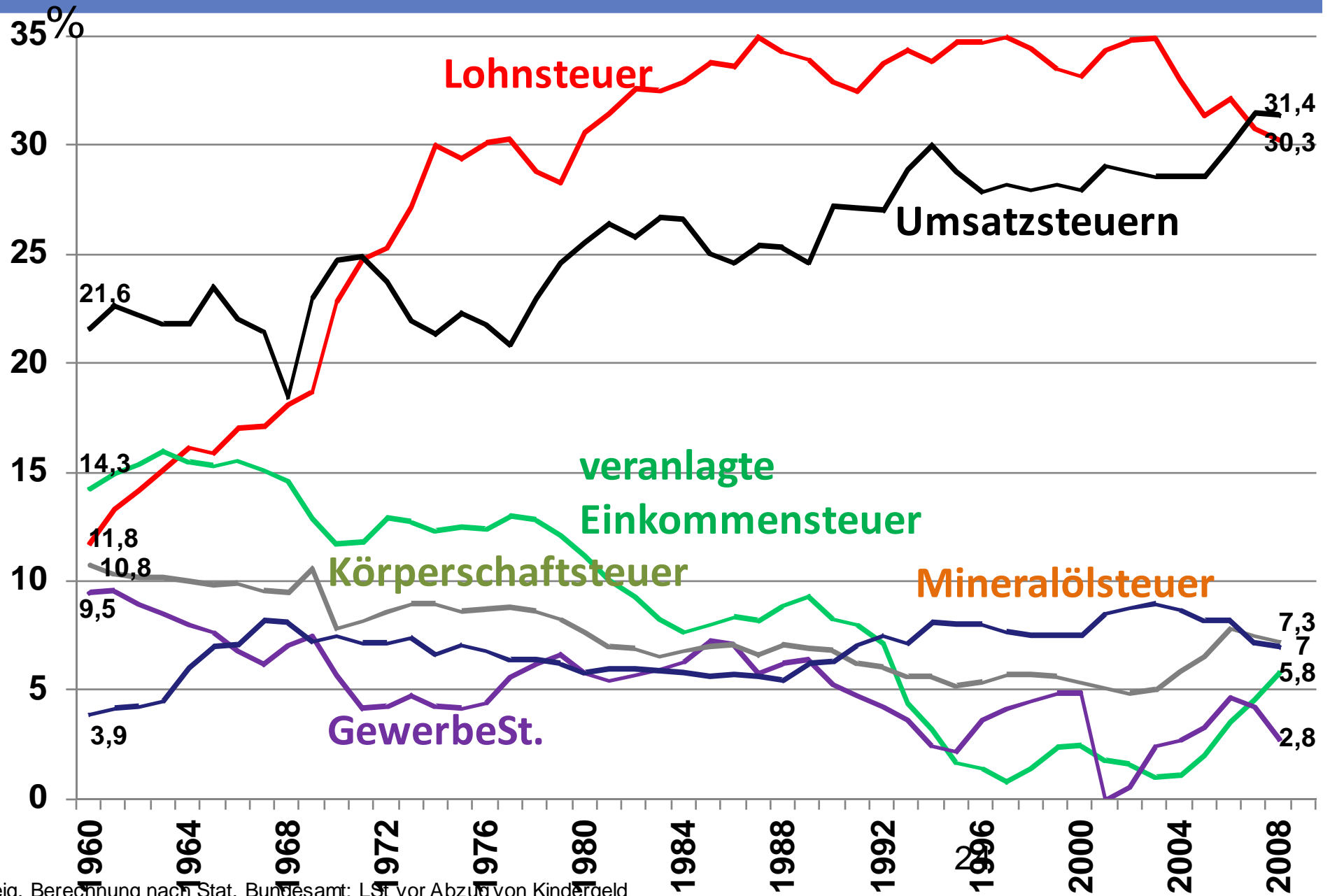
# Veränderung nominaler Körperschaftsteuersätze 1995-2008



EUROSTAT: Taxation trends in the European Union, ed.2008, p.88



# Steuerentwicklung in Prozent der Gesamtsteueraufkommen 1960-2008



eig. Berechnung nach Stat. Bundesamt; LSt vor Abzug von Kindergeld

**Bundesverfassungsgericht 1. Senat 3. Kammer  
Beschluß vom 23. August 1999, MwSt-Erhöhung 1998**

Az: 1 BvR 2164/98

„Die indirekte Besteuerung belastet Familien, die wegen ihres höheren Bedarfs mehr indirekt besteuerte Güter und Leistungen erwerben müssen, mehr als Kinderlose. Diese Belastung ist jedoch im Binnensystem der indirekten Steuern unvermeidlich und gesetzessystematisch folgerichtig. Sie muss aber eine diesen Belastungsfaktor kompensierende Entlastung bei der direkten Besteuerung, d.h. bei der Einkommensteuer zur Folge haben. (vgl. Kirchhof, a.a.O., S. 133).

Der Steuergesetzgeber hat deshalb stets darauf zu achten, dass eine Erhöhung indirekter Steuern und Abgaben den Lebensbedarf vermehrt und die existenzsichernden Abzüge diesem erhöhten Bedarf anzupassen sind.“

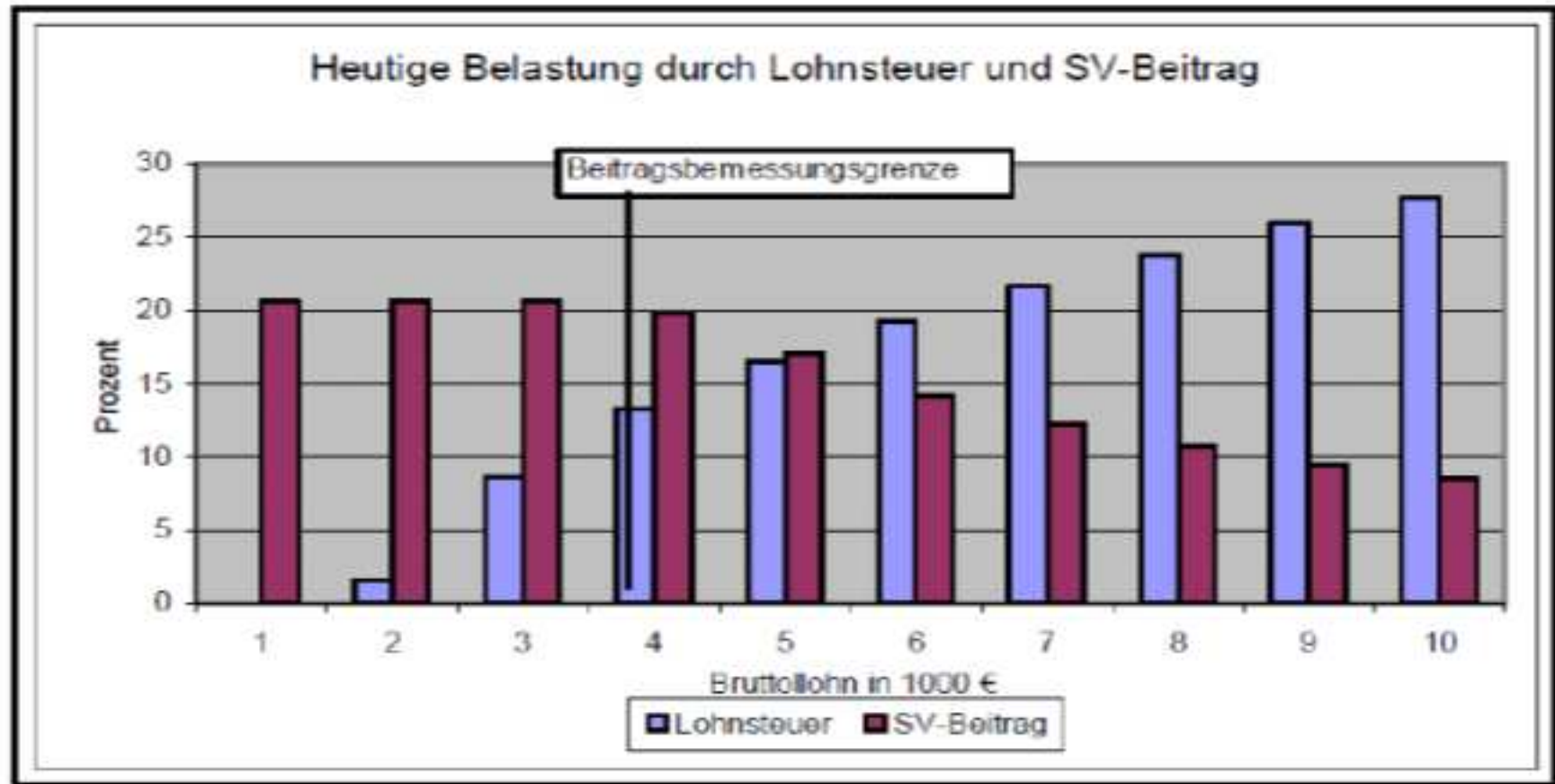
## Worauf es ankommt: Anteil der „regressiven“ Revenue

### Struktur der Staatseinnahmen

Land	% BIP	% Staats- einnahmen
<b>Deutschland gesamt</b>	43,1	100,0
Darunter: direkte Steuern	11,2	25,9
indirekte Steuern	11,9	27,7
Sozialbeiträge	18,6	<b>43,1</b>
<b>Dänemark gesamt</b>	53,5	100,0
Darunter: direkte Steuern	29,4	54,8
indirekte Steuern	16,9	31,5
Sozialbeiträge	3,3	<b>6,2</b>

Quelle : OECD, DIW für 2001

# Belastung durch Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge



Das Beispiel gilt für einen Arbeitnehmer in der Lohnsteuerklasse 3 mit einem Kind, 1. Halbjahr 2009. Quelle (3), sowie eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Bearbeitung: Barbara Hähnchen



# Was am Monatsende übrig bleibt

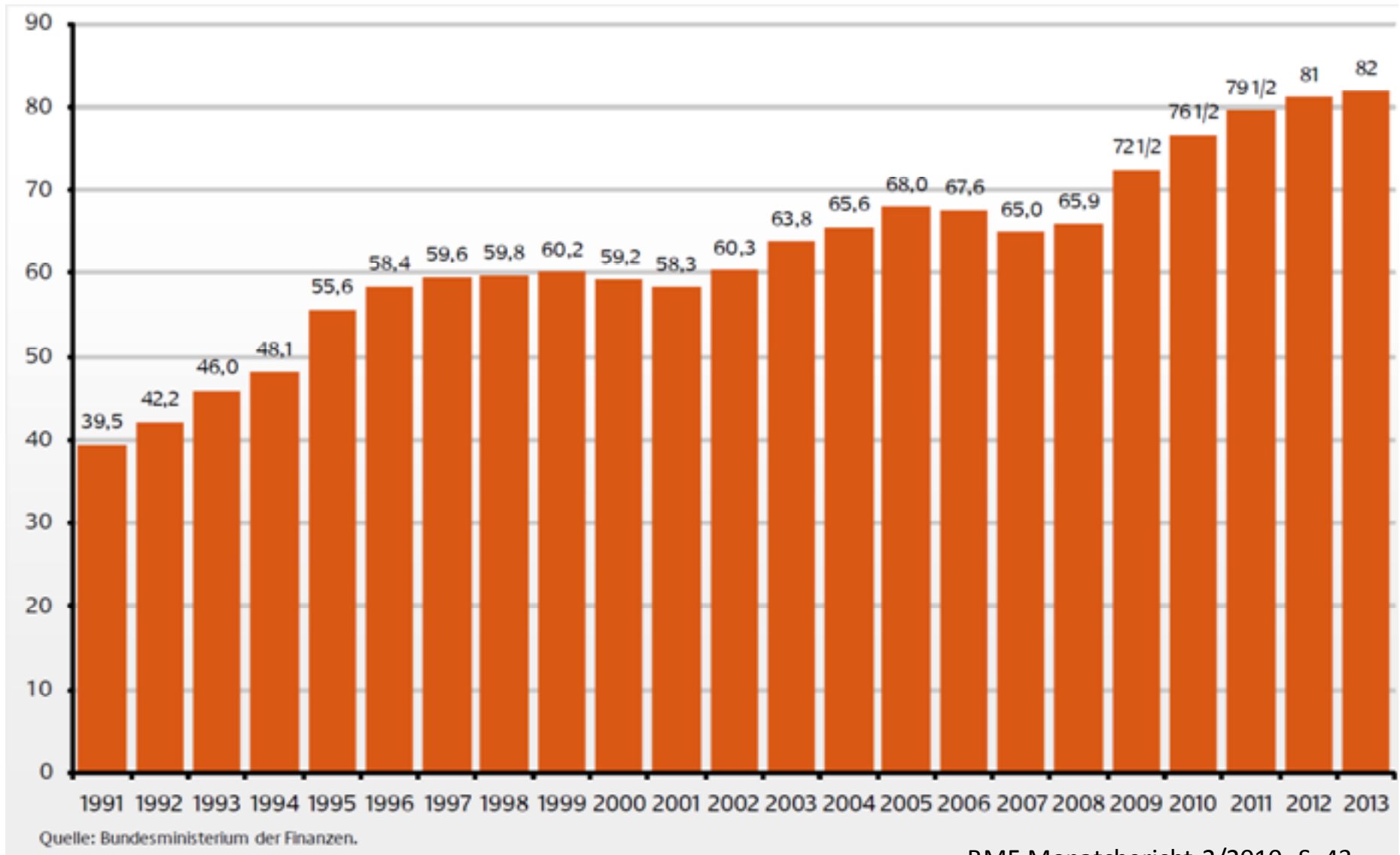
## Horizontaler Vergleich 2011

Einkommen/Abzüge 2011 in €	Ledig, ohne Kind	Verheiratet, ohne Kind	Verheiratet, 1 Kind	Verheiratet, 2 Kinder	Verheiratet, 3 Kinder
Steuerklasse	I	III/0	III/1	III/2	III/3
<b>Jahresbrutto</b>	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>	<b>30.000</b>
Lohnsteuer	4.104	1.568	1.568	1.568	1.568
Kirchensteuer (8 %)	328	125	20	0	0
Solidaritätszuschlag	226	0	0	0	0
Krankenversicherung (AN 8,2 %)	2.460	2.460	2.460	2.460	2.460
Rentenversicherung (AN 9,95 %)	2.985	2.985	2.985	2.985	2.985
Arbeitslosenversicherung (AN 1,5 %)	450	450	450	450	450
Pflegeversicherung (AN 0,975 % + 0,25 % Kinderlose)	367	367	292	292	292
Kindergeld			2.208	4.416	6.696
<b>Netto</b>	<b>19.080</b>	<b>22.045</b>	<b>24.433</b>	<b>26.661</b>	<b>28.941</b>
<b>Steuerliches Existenzminimum</b>					
Erwachsener	8.004	16.007	16.007	16.007	16.007
Kinder			7.008	14.016	21.024
<b>Frei verfügbares Einkommen/Haushalt</b>	<b>11.076</b>	<b>6.038</b>	<b>1.418</b>	<b>-3.362</b>	<b>-8.090</b>

## Befund: Doppelte Kinderarmut

- seit 1965 Halbierung der Geburtenzahlen (von 1.35 Mio. auf 660.000) und gleichzeitig
- Versechzehnfachung des Anteils der Kinder im Sozialleistungsbezug  
(1965: jedes 75. Kind (<7 J.), 2008: jedes 5.!
- trotz Erhöhung von Kindergeld, Erziehungsgeld, Elterngeld etc.

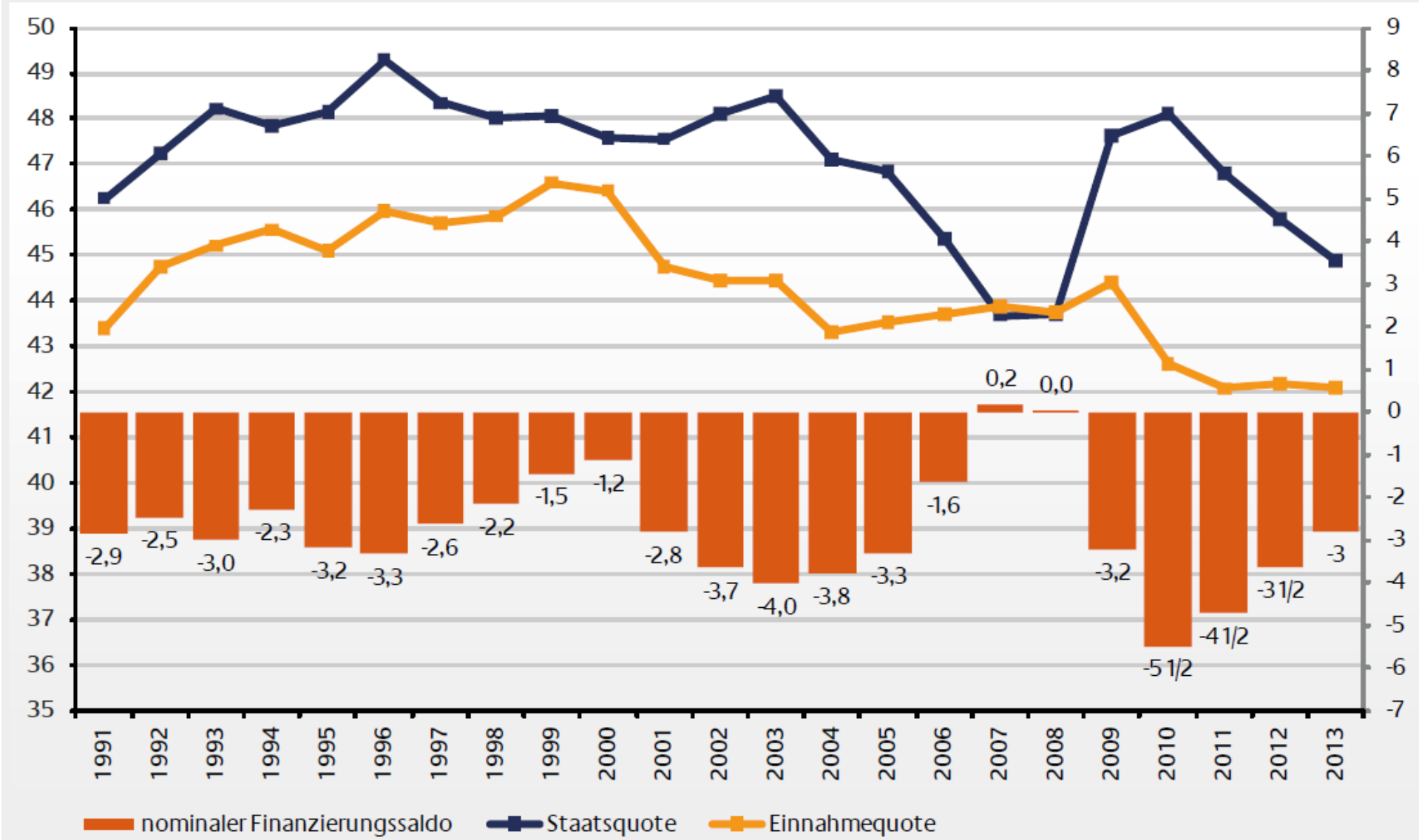
## Entwicklung der Schuldenstandsquote Maastricht – Schuldenstand in % des BIP



## Staatsschulden: Steuererleichterungen für Reiche!

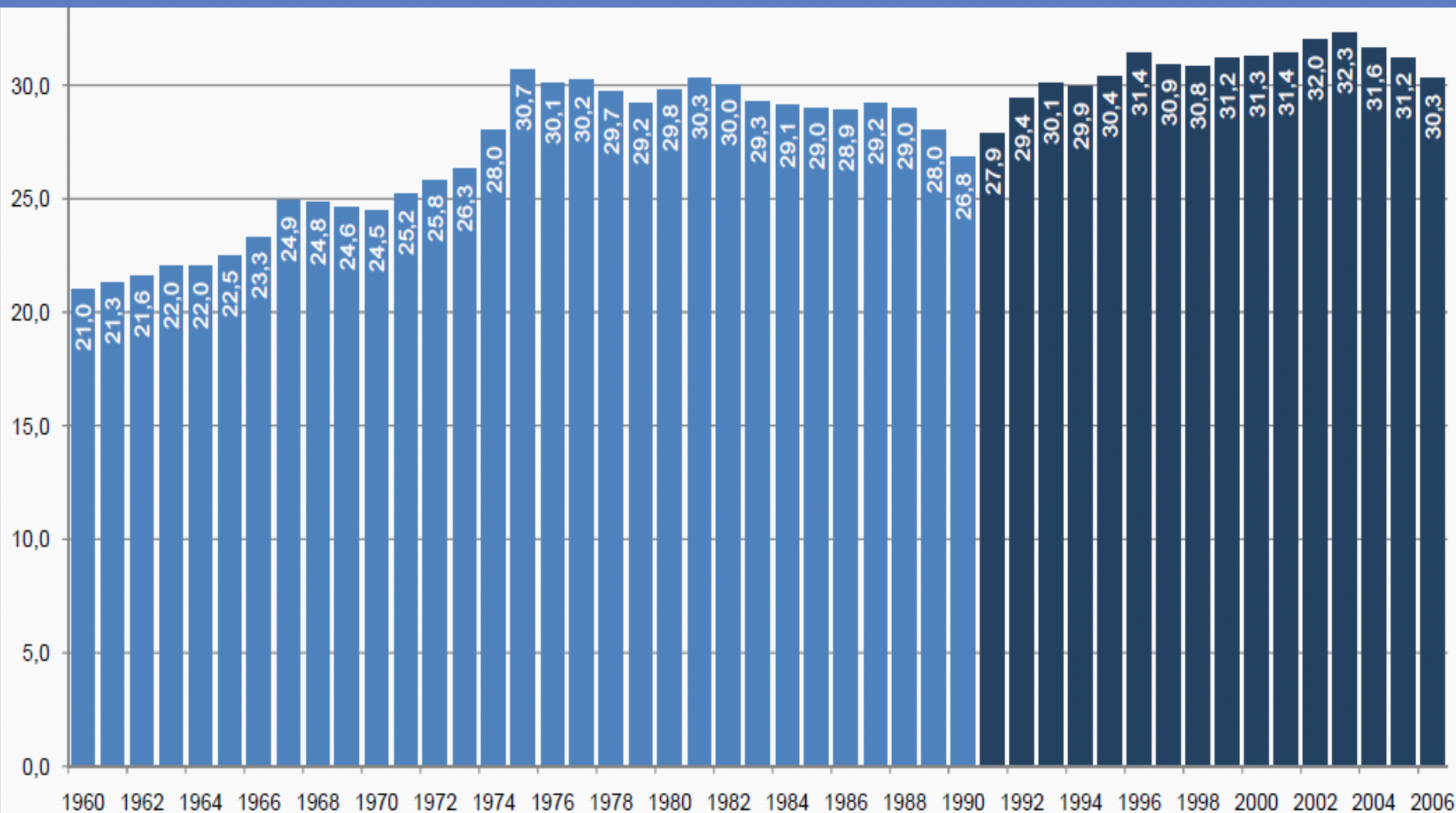
- Solide Haushaltspolitik deckt Bedarfe aus Steuern (Art. 115 GG)
- BVerfG: Oberster Grundsatz der Steuergerechtigkeit ist die Belastung nach Leistungsfähigkeit!
- Staatsschulden beinhalten eine doppelte „Steuerverschonung“ für die Leistungsfähigsten:
  - die keine Steuern zahlen müssen und stattdessen noch
  - mit Zinsen „belohnt“ werden
- Staatliche Verteilungspolitik schafft so die Spielräume für die weltweite Spekulation an den Finanzmärkten
- und die Verstärkung der Kapitalverwertungszwänge .....

# Ausgaben, Einnahmen und Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP



# Sozialleistungsquote 1960-2006

Summe aller Sozialleistungen in % des BIP; ab 1991 einschl. neue Bundesländer



Für 2005 vorläufiger Wert, Wert für 2006 geschätzt.

Quelle: Sozialbudget 2006, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin 2007

## „Überbordendes Sozialbudget“ (rund 32 % des BIP)?

- Zuviel Umverteilung? TEK 1978-1981:
  - kein klarer Umverteilungssaldo nachweisbar!
- Wie funktioniert Umverteilung?
  - Saalexperiment: 10 Euro wandern von Tasche zu Tasche  
Ergebnis:  
N x 10 = 350      **aber:** Umverteilung? Null!
- **Fazit:** Staats- wie Sozialquote sind für sich genommen inhaltsleer

## Augustinus: „Wo die Gerechtigkeit fehlt, was sind Staaten anderes als große Räuberbanden?“

Remota itaque justitia quid sunt regna nisi magna latrimonia?

- Der Kardinalfehler: Den Sozialstaat am Volumen der Leistungen zu messen
- Richtig: Beginnen mit der Frage nach der Gerechtigkeit der „Revenue“
- Folgt die Auferlegung der Abgabenlast dem „obersten Gerechtigkeitsprinzip“ der Belastung nach Leistungsfähigkeit (Art. 3 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG)?
- Kann man Wasser mit einem Sieb umverteilen? Gelingt Umverteilung von oben nach unten, wenn das Abgabensystem umgekehrt wirkt?



## Welche Abgaben sind zu unterscheiden? Wie finanzieren sich die öffentlichen Hände?

- Direkte progressive Steuern: Im Idealfall folgen sie der Leistungsfähigkeit (anders Kirchhof-Kommission: Flat-tax 25 %)
- Indirekte Steuern **Regressiv!**
- Sozialbeiträge **Regressiv!**
- Staatsschulden **Doppelt regressiv!!**

## Deutschland = „Weltmeister“ der Ungerechtigkeit? (OECD)

- höchster Anteil „regressiver“ Staatseinnahmen:
  - Mehr als 40 Prozent Sozialbeiträge –
  - plus rund 30 Prozent Verbrauchsteuern
- Außerdem: Steuervermeidungsmöglichkeiten (Kirchhof-Kommission: Flat-tax von 25 % !)
- Staatsverschuldung inzwischen mehr als 2.0 Billionen Euro

**Die deutschen Verfassungen der  
Nachkriegszeit ab 1946  
dokumentieren die  
Einsichten in die Ursache der  
Katastrophe:**

## **z.B.: Verfassung des Freistaates Bayern von 1946**

- **Art. 167: „Die menschliche Arbeitskraft ist als wertvollstes wirtschaftliches Gut eines Volkes gegen Ausbeutung geschützt.**
- **Art. 151 Abs. 1: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.**

**Art. 168 Abs.1: Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und Anspruch auf angemessenes Entgelt). Arbeitsloses Einkommen arbeitsfähiger Personen wird nach Maßgabe der Gesetze mit Sondersteuern belegt.**

**Art. 123 Abs. 2: Verbrauchssteuern und Besitzsteuern müssen zueinander in einem angemessenen Verhältnis stehen**

- **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland**
- **Art 14**
  - (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
  - (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

z.B. BVerfGE 87, 153, 172 f.:

- **„,denn gerade bei wachsendem staatlichem Finanzbedarf und seiner ihm entsprechenden steigenden Steuerbelastung ist der Gesetzgeber gehalten, eine gerechte Verteilung der Lasten zu gewährleisten.“**

# **Brauchen wir erst einen neuen Krieg, bevor wir wieder zur Vernunft kommen?**

Die Entkoppelung wirtschaftlicher Freiheit von sozialer Verantwortung ist die Ursache dafür, dass die Gesellschaft auseinanderrieselt wie loser Sand:

Deshalb zurück zu den goldenen, universal gültigen Regeln der Wirtschaftswunderzeit: Wirtschaftliche Freiheit und soziale Verantwortung wieder zusammenführen!

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**



**„Reichtum und Armut sind gleichmäßig  
verkehrte Zustände. Sie gehören nicht in einen  
geordneten Staat. Sie sind mit dem Bürger- und  
Völkerfrieden unvereinbar... Armut ist eine  
Kette und Reichtum ist eine Kette. Und der  
Anblick von Ketten muss jedem Freien ein Gräuel  
sein. Wo er sie sieht, muss er sie brechen.“**

Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung  
(1920),  
in : Gesammelte Werke Band 11, S. 226.

# Attac

- **Spitzensteuersatz**

<http://dip.bundestag.de/btd/13/081/1308162.asc>

- 21.06.1948 31.12.1949 750 Grenzsteuersätze von 12 v. H. bis 95 v. H. (ab 250 001 DM)
- 01.01.1950 31.12.1950 750 Grenzsteuersätze von 10 v. H. bis 95 v. H. (ab 250 001 DM)
- 01.01.1951 31.05.1953 800 Grenzsteuersätze von 10 v. H. bis 95 v. H. (ab 250 001 DM), höchstens 80 v. H. des Einkommens
- 01.06.1953 31.12.**1954** 800 Grenzsteuersätze von 4 v. H. bis 80 v. H. (ab 220 001 DM), **70 v. H. ab 423 501 DM**
- 01.01.1953 1.12.1957 900 Grenzsteuersätze von 2 v. H. bis **63,45 v. H.** (ab 605 001 DM), 55 v. H. ab 614 001 DM